



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

D., R.: Die Parteiverhältnisse in den Vereinigten Staaten.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Die Parteiverhältnisse in den Vereinigten Staaten.

Seitdem es dem Präsidenten Hayes gelungen ist, die republikanische und demokratische Doppelwirthschaft in den Staaten Südkarolina und Louisiana dadurch zu lösen, daß durch seine Vermittelung in Südkarolina der republikanische Prätendent D. H. Chamberlain dem demokratischen Gouverneur Wade Hampton Platz machte und in Louisiana der Republikaner S. B. Packard seinem demokratischen Rivalen Francis T. Nicholls den lange und heftig bestrittenen Gouverneursposten überließ, sind die sämtlichen Südstaaten der nordamerikanischen Union wieder in den ungeschmälerten Genuß der Rechte und Privilegien der Selbstregierung eingetreten. Die militärische und sonstige Einmischung der Bundesregierung in die Lokalanangelegenheiten der Südstaaten hat damit aufgehört, das verächtliche Carpetbaggerthum hat sein Ende erreicht, und es muß sich nun zeigen, ob das Volk des Südens im Stande ist, die Freiheit zu ertragen, d. h. bei den durch die Abschaffung der Negerflaverei wesentlich veränderten socialen und politischen Verhältnissen ein geordnetes Gemeinwesen im Einklang mit den Staats- und Bundesgesetzen durch eigene Kraft und Weisheit aufrecht zu erhalten und gedeihlich weiter zu entwickeln. Wade Hampton wie auch Nicholls haben feierlich versprochen, daß sie im Sinne der Grundsätze, welche Präsident Hayes in seiner Inaugurationsrede vom 5. März d. J. in Bezug auf die Südfrage darlegte, in ihren respectiven Staaten die Regierung führen wollen.

Wie nun amerikanische Blätter melden, sind verschiedene alte Parteiführer der republikanischen Partei, wie z. B. der Bundes senator James G. Blaine und der Kongressrepräsentant Benjamin F. Butler, durchaus nicht damit zufrieden gewesen, daß Hayes sich weigerte, dem Beispiele seines Amtsvorgängers Grant zu folgen und die angeblichen Regierungsansprüche Chamberlain's und Packard's durch Bundesbajonette aufrecht zu erhalten. Wenn indeß diese unzufriedenen Politiker behaupten, daß durch die Niederlage von Chamberlain und Packard der Rechtstitel des Herrn Hayes auf die Präsidentschaft selbst hinfällig werde, da er auf demselben Fundamente beruhe wie derjenige Chamberlain's und Packard's, so ist dies eine in jeder Hinsicht falsche Auffassung, da in Amerika die Feststellung des endgiltigen Resultates einer Gouverneurswahl sich innerhalb ganz anderer Rechtssphären vollzieht als die Feststellung des Resultates einer Präsidentschaftswahl. Das Letztere hat der Kongreß, das Erstere die Gesetzgebung der einzelnen Unionsstaaten zu thun, und es steht in den Vereinigten Staaten der Bundesregierung nur dann zu, sich in die Angelegenheiten der Einzelstaaten zu mischen, wenn daselbst anarchische Zustände herrschen und ihre Hilfe von der Legislatur dieser Einzelstaaten oder für den Fall, daß die

Legislatur nicht in Sitzung ist, von dem Gouverneur angerufen wird. Zudem nun Präsident Hayes, nachdem er dies bereits in der ersten Hälfte des April im Falle von Südkarolina gethan hatte, einige Wochen später die Bundes-  
truppen auch aus Louisiana zurückzog, erklärte er einfach, daß nach seiner Ansicht die Bedingungen zu einem Einschreiten der Bundesgewalt der Union nicht vorhanden seien, und daß der Streit um die Gouverneurswürde wesentlich auf staatlichem Gebiete zum Austrag gebracht werden müsse. Und so ist es denn auch geschehen. Der Ausgang jenes Streites kann daher den Rechtstitel des Präsidenten Hayes weder kräftigen, noch schwächen, da er in gar keinem Zusammenhange mit dem Rechtsanspruch des Letztern steht.

So nichts sagend deßhalb die Versuche des Herrn Blaine und Genossen auch sind, die Rechtsansprüche des Präsidenten Hayes mit den angeblichen Rechtsansprüchen der Herren Chamberlain und Packard in Bezug auf das Gouverneursamt in Südkarolina und Louisiana in Verbindung zu bringen, so wichtig kann doch die Feindschaft der bezeichneten Parteiführer werden, wenn es ihnen gelingt, aus den Reihen der Republikaner und der Demokraten eine kompakte Oppositionspartei gegen die Administration von Hayes zu Stande zu bringen. Daß so etwas im Werke ist, geht klar und deutlich aus verschiedenen Artikeln und Korrespondenzen amerikanischer Zeitungen hervor. Unter allen Umständen ist die Stellung des Präsidenten Hayes gegenwärtig keine leichte und angenehme. Er hat sich eine Aufgabe gestellt, welche zu lösen die Kraft eines Herkules zu ermüden vermöchte, und, was eben das Schlimmste dabei ist, er hat sich mit seinen Absichten für das Gemeinwohl im eigenen Lager gefährliche Feinde gemacht. Es gibt, wie bereits angedeutet, unter den Republikanern, die bisher als Führer der Partei anerkannt worden sind, gar viele, welchen die Civildienstreform ein Greuel und die südliche Politik der Administration im innersten Herzen verhaßt ist. Wohl schreibt man aus Washington-City, Präsident Hayes mache sich nichts aus dieser Opposition, er sei fest entschlossen, das, was er für recht erkenne, in der Klemmer, in der Südfrage und in allen anderen Fragen durchzuführen, und seine Minister ständen ihm dabei treu zur Seite. Das glättet aber seinen Weg keineswegs. Wenn Blaine in einem kürzlich veröffentlichten Schreiben behauptete, die Republikaner der Neuenglandstaaten seien durch das Vorgehen von Hayes in Südkarolina und Louisiana tief verletzt in dem, was sie ihr Leben lang als Ueberzeugung verfochten, so ist das allerdings eine viel zu weit gehende Behauptung, denn die eigentliche Masse der republikanischen Partei daselbst, die Kaufleute, Handwerker, Farmer u. s. w. stehen auf Seiten der Hayes'schen Reform- und Friedenspolitik, aber die Stellung des großen Flügels, den die Fanatiker à la Wendell Phillips und die Professionspolitiker bilden, hat er

allerdings ziemlich richtig gezeichnet. Diesem will die neue Aera nicht einleuchten, bei der ihm sein Hauptkapital verloren geht und bei der die Kunst des „Drahtziehens“ und ähnliche Parteikleppertalente keine Anerkennung mehr finden sollen. Diese Leute aber sind — das darf man sich nicht verhehlen — durchaus nicht ohne Macht zum Bösen, sie sind bei der beklagenswerthen Gleichgiltigkeit der Massen in politischen Dingen nicht ungefährlich, und ihr Einfluß ist noch keineswegs ganz gebrochen.

Freilich steht Hayes ihnen gegenüber ganz anders da als ein Präsident, dessen Bestreben es von Anfang seiner Administration an ist, einen zweiten Amtstermin zu ergattern. Daß Hayes von einem solchen nichts wissen will, daß er eine Wiedererwählung für das Präsidentenamt abgelehnt hat, daß er diese „Drahtzieher und Fixer“ nicht braucht, um ihm bei der neuen Präsidentenwahl zu helfen, das gibt ihm eine ganz unschätzbare Stärke, das ist das beste Hilfsmittel, welches er im Kampfe gegen die Maschinenpolitiker für sich hat. Aber damit ist auch die ihm gegebene Frist zur Ausführung seiner reformatorischen Ideen eine um so kürzer zugemessene. Vier Jahre nur sind ihm vergönnt, in denen er alteingewurzelte Uebel heilen, in denen er das, was die Leidenschaften und die Fehler der letzten zwölf Jahre in der Union verdorben haben, wieder zum Guten lenken soll. Wäre die gegnerische Partei von einem bessern Geiste besetzt, so würde ihm diese Arbeit freilich erleichtert, aber es zeigt sich leider, wie eine ganze Anzahl demokratischer Blätter voll Vergnügen über den Bruch in den republikanischen Reihen ist. Diese demokratischen Organe übersehen in ihrer blinden Parteifreude ganz, daß sie sich vor jedem ehrlichen Menschen blamiren, daß sie sich vor der ganzen Welt ein trauriges Armutszengniß ausstellen, indem sie plötzlich mit den Männern freundlich thun, die sie bis jetzt aufs Eifrigste verfolgt haben.

In der That scheint aber diese Prinzipiosigkeit der bezeichneten demokratischen Blätter auf den bessern Theil der amerikanischen Demokratie den von den Interessenpolitikern beabsichtigten Eindruck nicht zu machen. Manche hervorragende Demokraten sind bereits ganz offene Freunde und Unterstützer der Administration von Hayes, und man dürfte, wenn der neue Kongreß am 15. Oktober d. J. zusammentritt, manche unerwartete Wandlung, manche überraschende Schwenkung in der politischen Parteistellung in den Vereinigten Staaten vor sich gehen sehen.

Uebrigens ist es ein beredtes Zeugniß für den schlechten Zustand der öffentlichen Angelegenheiten in der nordamerikanischen Union, daß es so schwer hält, das, wonach das Volk sich so heiß sehnt, in der That zur Wahrheit zu machen und praktisch einzuführen; am Bedauerlichsten aber ist die eben gerügte Thatsache, daß sich Männer, deren Geschäft es seit Jahren war, Mißtrauen

gegen die republikanischen Parteipolitiker zu säen und sowohl Reform im Staatsdienste, als auch eine Versöhnungspolitik den Südstaaten gegenüber zu verlangen, jetzt auf einmal mit den Eigennützigsten und Korruptesten jener Partei gegen die Administration verbinden, weil diese jenem Verlangen entsprechen will und in hohem Grade schon entsprochen hat. Man sollte doch kaum denken, daß ein solches Vorgehen sich des Beifalls der bessern Volkselemente in den Vereinigten Staaten zu erfreuen haben wird; es kann offenbar nur den Zerfetzungsprozeß beschleunigen, in welchem die alten Parteien, vornehmlich durch das Bemühen von Karl Schurz, seit 1871 begriffen sind.

Wenn man sieht, wie die Unzufriedenen auf der Seite der Republikaner sich laut dagegen aussprechen, daß man die alte Whigpartei aus ihrem Grabe hole, um sie wieder ins Leben zu rufen, und wenn man die Unzufriedenen unter den Demokraten sich mit Blaine, Butler und Compagnie verbinden sieht, dann scheint es, als ob jener Prozeß schon weit vorgeschritten ist.

Wir lassen zum Schlusse die Ansichten einiger einflußreicher Zeitungen über die gegenwärtigen Partezustände in den Vereinigten Staaten folgen. Die „New-York Tribune“ äußert sich in dieser Beziehung u. A. also: „Es kommt uns vor, als wenn Präsident Hayes eine Wahrheit entdeckt hätte, welche der Mehrheit unserer Staatsmänner und Journalisten noch verborgen ist, nämlich die, daß man unter den jetzigen politischen Verhältnissen nicht von eigentlichen Parteileitern sprechen kann. Solche gibt es jetzt in Wahrheit nicht. Ein Politiker ist gegenwärtig nur dann ein Mann von Einfluß, wenn er mit dem Strome schwimmt (when he follows the current), wenn er sich geschieht mit den Ideen und Wünschen des Volkes in Sympathie zu setzen versteht, wenn er es versteht, den Dingen, die Jedem im Gedanken liegen, passenden Ausdruck zu geben und den mehr oder weniger bewußten Bestrebungen, die das Herz der Nation bewegen, sich anzuschließen. Es ist jetzt keine Zeit für Führer (this is not a time for leaders). Wirkliche Führer in politischen Fragen erstehen nur in Zeiten großer moralischer Erregtheit, wie z. B. zur Zeit der Antisklavereibewegung. Jetzt, da unsere Politik von dem einen so vollauf beschäftigenden Gedanken an administrative Reform erfüllt ist, wartet die Menge nicht auf eine Stimme, die sie anfeuern, auf einen Finger, der ihr den Weg weisen soll. Sie bewegt sich von selbst vorwärts wie auf ein gegebenes Zeichen, und klug ist der Politiker, der dafür sorgt, daß er nicht in den hintersten Reihen gefunden wird. Der Präsident und das Volk stimmen in Bezug auf die südliche Frage überein, und, wer immer sich da entgegenstellt, der hat es mit Beiden zu thun. Die lebhaften Leute (the lively persons), von denen man annimmt, daß sie eine Opposition gegen den Präsidenten unter den Republikanern organisiren wollen, sind zu klug, in einem Ringen dieser Art

sich auf der falschen Seite antreffen zu lassen, und wir erwarten ihre etwaigen Kombinationen bald auseinanderfallen zu sehen, — wenn nur die südlichen Demokraten ihren Versprechungen treu bleiben.“ Der „New-York Herald“ ließ sich folgendermaßen vernehmen: „Was bleibt dem Präsidenten zu thun übrig? Er muß eine neue Partei gründen. Er muß die Männer aus den republikanischen und aus den demokratischen Reihen, welche sich mit ihm zur Reformirung des Civildienstes und zur Umbahnung der Versöhnung vereinigen wollen, um sich sammeln. Die öffentliche Meinung ist reif für einen solchen Wechsel. Wenn Hayes seinen Kampf gegen die Barone der republikanischen Partei und der Carpetbagger weiter führt, kann er sie überwinden, wie Richelieu den Feudaladel Frankreichs unterworfen hat. Er muß gegen die Politiker an das Volk sich wenden. Er muß eine liberale Politik in großen Zügen dem Volke vorlegen, — eine Politik, welche das allgemeine Vertrauen gewinnt. Er kann die Barone stürzen, indem er ihnen ihre Macht entzieht; das aber kann er thun, wenn er sich ganz frei von allen jetzt existirenden Parteieinflüssen macht. Das Land sieht, daß beide Parteien korrupt sind. In der einen (der republikanischen) haben wir den Carpetbagger und den Whiskydieb, in der andern (der demokratischen) den betrügerischen Bankrotteur und das Haupt der Tammanybande. Aber die große Masse des amerikanischen Volkes, sei sie demokratisch oder republikanisch, theilt sich nicht nach diesen Klassen ein. Die Farmer, die auf der eigenen Hufe wohnen, die Kaufleute, die kaufen und verkaufen, die Soldaten, die daran denken, wie sie ehrlich und muthig der Fahne gefolgt sind, sei sie die des Nordens oder die des Südens gewesen, die Bürger, die kein anderes Interesse an der Politik haben, als daß das Rechte geschehe, daß die Steuern nicht zu hoch, die Freiheit gesichert, der Segen reich sei, — sie alle sind das Material, aus dem man eine neue Partei, die Partei der nationalen Ehre, bilden kann.“

Ähnlich sprachen sich die „Chicago Tribune“ und die „New-York Times“ aus. Letztere wies namentlich darauf hin, wie die Opposition fast nur durch verletzete Eitelkeit oder Beutejucht in ihren Bemühungen bestimmt werde.

So sieht man, daß der Reformpräsident Hayes und dessen Minister wackere Bundesgenossen im amerikanischen Volke haben, und daß die Herren Blaine und Genossen bei ihrer Opposition sehr wahrscheinlich die Rechnung ohne den Wirth, wie man zu sagen pflegt, gemacht haben werden. R. D.

## Das Ministerium Broglie.

Das Gefühl, daß Frankreich nach Vollendung seiner Heeresumbildung bei der ersten günstigen Gelegenheit zum Rachekriege gegen Deutschland zu schreiten geneigt sei, hatte uns Deutschen seit dem Frankfurter Frieden eigentlich niemals verlassen.

Mit der eigenthümlichen Art von Beruhigung, welche auch die Gewißheit des bevorstehenden Uebels zuzugeben pflegt, haben, wir durch den französischen Ministerwechsel vom 16. Mai d. J. die volle Bestätigung erhalten, daß bei den Machthabern die schlimmsten Absichten gegen Deutschland fortbestehen, ja wir müssen in dem Vorgange den ersten Schritt zu ihrer Ausführung erblicken.

Es ist gut, daß ein Revanchekrieg nicht mit der an den 2. Dezember er-